schieden. *In der Deutschen Demokratischen Republik* sind die Produktionsmittel in den Händen des Volkes, und die Arbeiterklasse ist die führende Kraft im Staate. Dadurch sind die gewerkschaftlichen Rechte und die Rechte des werktätigen Volkes vollständig gesichert, *ln Westdeutschland* dagegen herrscht das Monopolkapital. Es ist im Interesse seines Profits daran interessiert, die gewerkschaftlichen Rechte einzuschränken. Es wälzt immer größere Rüstungslasten auf die Schultern der Werktätigen. Wenn sich die Werktätigen nicht wehren, kommen sie unter die Räder.

Die Verhandlungen der SPD-Führung über die Teilnahme an einer großen Koalition waren für die westdeutsche Arbeiterschaft und die Friedenskräfte eine kostspielige Angelegenheit. Die Unterwürfigkeit gewisser NATO-Politiker in der SPD-Führung gegenüber der Adenauer-Politik hat es der Bonner Regierung ermöglicht, die Notstandsgesetze - und das sind Ermächtigungsgesetze, die es der Bonner Regierung gestatten, die Grundrechte der Bürger außer Kraft zu setzen - in der Regierung durchzubringen und den Angriff auf die Tarifautonomie der Gewerkschaften, gegen Arbeitszeitverkürzung und andere soziale Forderungen zu verstärken.

Mit Recht fordern die Gewerkschaftsfunktionäre in Westdeutschland soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit. Die unerhörte Zusammenballung der wirtschaftlichen Macht in den Händen einer kleinen Zahl von Konzernen und Banken beunruhigt die westdeutschen Arbeiter immer mehr und auch die reformistischen Gewerkschaftsführer. Sie veröffentlichen erschreckende Ziffern über die Einkommensverteilung in der Bundesrepublik, die immer mehr zugunsten der Großkapitalisten erfolgt. Selbst der Vorsitzende des westdeutschen Angestelltenverbandes vergleicht das Bonner Betriebsverfassungsgesetz mit Hitlers Gesetz zur Ordnung der Arbeit. Er weist darauf hin, daß dieses Betriebsverfassungsgesetz der Sicherung eines hohen Profits der Großkapitalisten und der Aufrechterhaltung der sozialen Ungerechtigkeit dient. In dieser Situation entstehen offensichtlich günstige Bedingungen für eine breite Aktionseinheit der westdeutschen Arbeiter und Gewerkschafter. Um so verwunderlicher ist es, daß manche westdeutsche Gewerkschaftsfunktionäre noch immer nicht den grundsätzlichen Unterschied zwischen der Rolle der Gewerkschaften in Westdeutschland und in der DDR begriffen haben. In Westdeutschland, wo die Produktionsmittel in den Händen der Kapitalisten sind, ist es die Aufgabe der Gewerkschaften, durch die Organisierung des solidarischen Auftretens der Werktätigen den Kampf gegen die